

Friedensmahnung im Schatten des Heldengedenkens?

Der Volkstrauertag – ein problematisches Ritual

Von Ulrich Hentschel

Corona – ob und wie viele Gedenkfeiern zum Volkstrauertag in diesem Jahr 2020 stattfinden, wissen wir nicht. Doch die Zäsur kann Anlass sein, einmal genauer und das heißt auch kritischer über Rituale und Themen nachzudenken und zu diskutieren.

Denn obwohl sich das Volk kaum noch dafür interessiert, finden zu „normalen“ Zeiten in Stadt und Land stets die traditionellen Rituale zum Volkstrauertag statt: Kundgebung am örtlichen Kriegerdenkmal, Aufstellung der Feuerwehr, zusätzlich einer Abordnung der Bundeswehr, dann Musik, häufig mit einer Blaskapelle, eine Rede, Ablage von Gedenkkränzen der Gemeinde, bisweilen auch eines dem Militärischen verbundenen Traditionsvereins. Zuvor hatte es vielerorts einen Gottesdienst zum Volkstrauertag gegeben, entsprechend oft kommen auch Pastorinnen oder Pastoren bei der Kundgebung zu Wort. Die Tradition und der Ort der Kundgebung am Kriegerdenkmal geben es vor, dass der „Gefallenen“ der beiden Weltkriege gedacht wird. Nach dem Ritual, wenn sich der Platz geleert hat, kündigt das Kriegerdenkmal dann wieder 365 Tage lang unwidersprochen vom Opfer der Helden, Brüder und Söhne für Volk und Nation, Gott und Vaterland.

Es ist kein Zufall, dass die meisten Kriegerdenkmäler in der Zeit errichtet wurden, als auch der Volkstrauertag auf Initiative des „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ als „Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten“ des Ersten Weltkriegs eingeführt und erstmals am 1. März 1925 begangen wurde. Der 1. Weltkrieg mit seinen Millionen auf furchtbare Weise getöteten Soldaten war gerade acht Jahre zuvor mit der deutschen Niederlage zu Ende gekommen und es gab erstmals in Deutschland eine demokratische Staatsform, da diente der Volkstrauertag der Propaganda gegen die Weimarer Republik und der Stärkung deutschnationaler und revanchistischer Bestrebungen. Die Kirchen waren fast überall mit im Boot. Man trauerte, aber nicht über die Opfer des 1. Weltkrieges, sondern über die Niederlage des Deutschen Reiches.

So sprach der Hamburger Pastor Jähnisch auf der zentralen politischen Gedenkfeier auf dem Ohlsdorfer Friedhof 1926:

„Unsere Toten mahnen. Und darauf kommt es an. Horche jeder auf den Geist der Toten und bekenne sich zu ihnen: Selber riefst du einst in Kugelhüssen: Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen!“¹

„Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen“ ist ein Zitat des Dichters Heinrich Lersch, das sich auch auf Kriegsdenkmälern findet, z.B. dem berühmten Kriegsklotz am Hamburger Dammtorbahnhof oder dem Denkmal auf dem kirchlichen Friedhof in Hamburg-Blankenese.

Doch es gab auch breiten Widerspruch gegen den Volkstrauertag. Die Hamburger kommunistische Zeitung „Der Abend“ betitelte einen Kommentar: „Volkstrauertag – Kriegshetzertag“.

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Volkstrauertag>

Und ein Sprecher der Jungdemokraten setzte 1928 gegen die Intentionen der völkischen Kreise und des Volksbundes eine pazifistische Proklamation: „*Wir geloben, alles daran zu setzen, dass ein solcher Krieg sich nicht wiederholt.*“

Sogar die *Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener* widersprach dem Missbrauch des Gedenkens für neue militaristische Ambitionen und erklärte 1927: „Mögen diese Toten ... die Saatkörner sein, die der Welt den ersehnten ewigen Frieden geben.“

Doch konnten sich diese Anti-Kriegs-Stimmen aus SPD, KPD und kleinen pazifistischen Gruppen bekanntlich nicht durchsetzen. Selbst da, wo es ihnen gelang, neue Kriegerdenkmäler als Kultorte für den Volkstrauertag vorerst zu blockieren, wie z.B. in Hamburg und Pinneberg, rüsteten die Nazis nach ihrem Machtantritt 1933 schnell nach. Und sie gaben 1934 auf Initiative des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge dem Volkstrauertag den Namen, der schon von Anfang an zutreffend war: **Heldengedenktag**.

Mit dem Heldengedenken war es 1945 erst einmal zu Ende. Aber schon 1946 wurde die Wiedereinführung des Volkstrauertags ins Gespräch gebracht und 1950 fand im Deutschen Bundestag in Bonn die erste zentrale Feierstunde des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ am vorletzten Sonntag vor dem Advent statt. Damals gab es noch zahlreiche Männer im Bundestag und beim Volksbund, die bis 1945 als Offiziere und Unterstützer der NS-Politik gedient oder davon profitiert hatten. Wie hatten sie sich von der intensiven und verinnerlichten Ideologie des Nationalsozialismus lösen können? Wenn sie es denn überhaupt wollten. Erst 45 Jahre später, am 15. Mai 1997 sollte es möglich sein, dass der Bundestag im Kontext einer Debatte um die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und Opfer der NS-Militärjustiz anerkennen konnte:

„Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“²

Doch bis dahin waren Reden und Ritual am Volkstrauertag geprägt vom Lobpreis der Tapferkeit der deutschen Soldaten, von ihrem Heldentum und Vorbildcharakter für die Bundeswehr. Nicht selten waren Fahnen und andere Embleme früherer Wehrmachteinheiten - auch in manchen Kirchen- zu sehen. Bürgermeister und Pastoren, Abordnungen der Bundeswehr neben Veteranen der Wehrmacht, die Feuerwehr und Heimat- oder Schützenverein in militärischer Aufstellung im inneren Ring um das immer noch den Platz beherrschende Kriegerdenkmal prägten das Bild. Und wenn auch die Rhetorik halbwegs abgerüstet war und auf offensive Revanche-Parolen weitgehend verzichtet wurde, dominierte die Faszination des kämpfenden Soldaten, gepaart mit dem Ungeist des tradierten Antikommunismus, die Reden.

Das begann sich erst mit der Friedensbewegung zu ändern, die auch Parlamente, Parteien und Kirchen erreichte. Man erinnerte zusätzlich zu den Soldaten auch an die zivilen Opfer der Kriege, später auch an die Millionen Toten in den von Deutschland überfallenen Ländern. Und nachdem der Holocaust nicht länger verdrängt werden konnte, wurde zusätzlich der ermordeten Juden, Roma und Sinti, Widerstandskämpfer und Zwangsarbeiter gedacht. Ihnen zur Seite gestellt wurden dann seit den ersten deutschen Militäreinsätzen im Ausland auch die dabei getöteten deutschen Soldaten. So wurde der Volkstrauertag zu einem großen Selbstreinigungsritual entwickelt, in dem man sich versicherte, durch das Gedenken an alle Toten des 2. Weltkriegs

² Deutscher Bundestag, Beschluss vom 15. Mai 1997

eine versöhnte und „normale“ Nation zu sein, zu der dann auch eine versöhnte und normale Armee gehört. Insofern spiegelte sich im Volkstrauertag das vorherrschende (erinnerungs-)politische Selbstverständnis in diesem Land.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich außerhalb öffentlicher Beachtung wieder zunehmend Burschen- und Landsmannschaften ebenso wie kleine Nazi-Gruppen an Kriegerdenkmälern versammeln, um der „Ehre und Tapferkeit“ deutscher Soldaten ihre Referenz zu erweisen. Sie sehen sich ermutigt durch den Nazi-Förderer und AFD-Spitzenmann Alexander Gauland, der im Herbst 2017 bewusst am Kyffhäuser-Denkmal eine „Neubewertung der Taten deutscher Soldaten in beiden Weltkriegen“ forderte. Denn „wir haben das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“.³

Die offiziellen Gedenkfeiern am Volkstrauertag halten sich von dieser Huldigung an die Wehrmacht allerdings fern. Sie folgen stattdessen dem Weg der Relativierung der deutschen Kriegszüge in den Weltkriegen. Das wird exemplarisch deutlich an dem Totengedenken, das seit 1952 als wesentlicher Teil der zentralen Gedenkfeier vom jeweiligen Bundespräsidenten vorgetragen wird. Seit einigen Jahren gilt diese Fassung:

Totengedenken

„Wir denken heute an die Opfer von Gewalt und Krieg, an Kinder, Frauen und Männer aller Völker.

Wir gedenken der Soldaten, die in den Weltkriegen starben, der Menschen, die durch Kriegshandlungen oder danach in Gefangenschaft, als Vertriebene und Flüchtlinge ihr Leben verloren.

Wir gedenken derer, die verfolgt und getötet wurden, weil sie einem anderen Volk angehörten, einer anderen Rasse zugerechnet wurden, Teil einer Minderheit waren oder deren Leben wegen einer Krankheit oder Behinderung als lebensunwert bezeichnet wurde.

Wir gedenken derer, die ums Leben kamen, weil sie Widerstand gegen Gewaltherrschaft geleistet haben, und derer, die den Tod fanden, weil sie an ihrer Überzeugung oder an ihrem Glauben festhielten.

Wir trauern um die Opfer der Kriege und Bürgerkriege unserer Tage, um die Opfer von Terrorismus und politischer Verfolgung, um die Bundeswehrsoldaten und anderen Einsatzkräfte, die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren.

Wir gedenken heute auch derer, die bei uns durch Hass und Gewalt gegen Fremde und Schwache Opfer geworden sind.

Wir trauern mit allen, die Leid tragen um die Toten, und teilen ihren Schmerz.

Aber unser Leben steht im Zeichen der Hoffnung auf Versöhnung unter den Menschen und Völkern, und unsere Verantwortung gilt dem Frieden unter den Menschen zu Hause und in der ganzen Welt.“

³ <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-alexander-gauland-relativiert-verbrechen-der-wehrmacht-15199412.html>

Schon die Sprache ist euphemistisch: Aus Menschen, die ermordet wurden, werden Menschen, die „den Tod fanden“. Aus Nazi-Deutschland wird eine „Gewaltherrschaft“. Aus einem Kriegseinsatz wird ein Auslandseinsatz. Die für die beiden Weltkriege klare Unterscheidung von Angreifern und Angegriffenen wird ignoriert.

Es gibt nicht die Andeutung einer Auseinandersetzung mit der Schuld, der Schuld der getöteten Soldaten ebenso wie der der Kirchen, die dem Krieg ihre Zustimmung gegeben haben.

Denn viele der „Soldaten, die in den Weltkriegen starben“, wozu auch die Männer der Waffen-SS gehörten, waren direkt und indirekt beteiligt an der Ermordung von Juden, Roma und Sinti, und Millionen Menschen, deren Leben als „lebensunwert“ kategorisiert wurde. Viele dieser Soldaten waren beteiligt an der Zerstörung ganzer Dörfer und dem Massenmord an ihren Einwohnerinnen ebenso wie an der Belagerung Leningrads, die einzig dem Zweck diente, die Menschen in dieser Stadt verhungern zu lassen.

Dieser Soldaten zu gedenken in einem Atemzug mit dem Gedenken an ihre Opfer, offenbart im Kern den anhaltenden Versuch, deutsche Schuld zu relativieren und sich der Schuldgeschichte nicht zu stellen. Das ist nicht nur historisch unhaltbar, sondern ethisch verantwortungslos.

Trauer verträgt keine Uniform

Es wird behauptet, dass das Ritual des Volkstrauertags und sein Ort, das Kriegerdenkmal, einen Raum für Trauer bieten würden. Das ist aber aus christlich-theologischer Perspektive zu bestreiten. Denn die Trauer um den Vater, den Sohn, den Bruder, den Freund, den Ehemann oder Geliebten, der im Krieg getötet wurde, kann nur persönlich erlebt werden. Diese Trauer gilt einem Menschen, der (in der Regel) noch nicht Soldat war. Sie hat einen äußeren Ort am persönlichen Grab auf dem Friedhof, meistens neben anderen Verstorbenen aus der Familie. Wo eine solche Bestattung während des Krieges nicht möglich war, gibt es Soldatenfriedhöfe, die von den Angehörigen besucht werden können. Aber es ist fraglich, ob sie Raum für die Trauer und für das Nachdenken über den Grund für Kriegstod schaffen.

Im Unterschied dazu sind die Rituale des Volkstrauertages darauf angelegt, die Trauer um die getöteten Soldaten zu kollektivieren. Die Uniform macht aus dem Sohn, dem Ehemann und Vater einen Soldaten, also einen Befehlsempfänger und Täter in einem militärischen Verband. Die Kriegerdenkmäler, vor oder unter denen die Gedenkfeiern stattfinden, propagieren einen höheren Sinn für den Tod der Soldaten: Deutschland, Volk, Heimat, Kaiser und Reich. Oft werden dazu auch Grundelemente der christlichen Botschaft verfälscht und in ihr Gegenteil verkehrt. Die Ausgestaltung der Kriegerdenkmäler mit Waffenabbildungen und militärischen Symbolen stärkt mal untergründig, mal bewusst eine kriegsförderliche Mentalität.

Was sollte geändert werden?

Der Volkstrauertag sollte zu einem Tag der Erinnerung an Deutschlands Verantwortung für zwei Weltkriege werden. Auch wenn einige Historiker und die entsprechenden politischen Kräfte die Auffassung vertreten, dass das Deutsche Reich und sein Kaiser „nur“ mitverantwortlich oder gar in diesen Krieg „hineingeschlittert“ wären, so bleibt auch das eine Verantwortung. Denn der Krieg war in Deutschland gewollt und auch vorbereitet.

Bis es soweit ist – und ich bin skeptisch, ob es bei der gegenwärtigen Rechtsentwicklung soweit kommen wird –, bleibt die kritische Befragung und Veränderung der gegenwärtigen Rituale und Inhalte notwendig und könnte die offiziellen Feierstunden ersetzen.

Als eine Alternative zum bisher üblichen „Totengedenken“ des Bundespräsidenten könnten die folgenden Erinnerungs- und Denksätze dienen:

Totengedenken 2020

Wir gedenken heute der Opfer der beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts.

In Deutschland geplant und vorbereitet wurden mit diesen Kriegen alle humanitären Werte außer Kraft gesetzt. Millionen Menschen wurden getötet – für nationalen Größenwahn, Streben nach Weltherrschaft und rassistische Machtphantasien.

Wir fragen uns: Wie konnte das Unvorstellbare geschehen? Wie konnte sich aus der Zivilisation in kurzer Zeit die Barbarei erheben?

Wir übernehmen Verantwortung dafür, dass „der Zweite Weltkrieg ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen war“.

Wir erinnern an die Verantwortlichen: deutsche Ärzte und ihre Helferinnen, Offiziere und ihre Soldaten, Polizeibeamte, Juristen und Verwaltungsfachleute, Fabrik- und Konzerninhaber.

Wir machen uns bewusst, dass viele unserer Mütter und Väter, unserer Vorfahren an diesem politisch gewollten und staatlich befohlenen Verbrechen beteiligt waren, dessen Opfer sie dann selber wurden, als Soldaten, als Bombenopfer, als Vertriebene.

Wir erinnern aber auch daran, dass einzelne Menschen ebenso wie politische und pazifistische Vereinigungen den Kriegsvorbereitungen und dem Kriegshandeln widersprachen, auch um den Preis gesellschaftlicher Ächtung, politischer Verfolgung und des eigenen Lebens.

Wir erinnern daran, dass die allermeisten Verbrechen deutscher Soldaten unbestraft blieben und die daran Beteiligten stattdessen in ihren früheren Berufen, in Parteien und Parlamenten Anerkennung und Förderung fanden.

Wir erinnern daran, dass den Opfern von Wehrmachtsverbrechen und deren Nachfahren u.a. in Italien und Griechenland immer noch Entschädigungen verweigert werden, ebenso wie den Nachfahren des Völkermords in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwest/Namibia 1904 bis 1908.

Wir erinnern an die in deutschen Militäreinsätzen im Ausland getöteten Soldaten und wir erinnern an die von deutschen Soldaten getöteten Menschen.

Wir erinnern an die Menschen in vielen Ländern dieser Welt, die mit Waffen getötet wurden und weiterhin getötet werden, die ganz oder teilweise in unserem Land hergestellt werden. Und wir fragen, warum diese Rüstungsexporte weitergeführt und noch verstärkt werden?

Mit unserem Gedenken und Erinnern, unseren Fragen und unserer Anteilnahme erkennen und übernehmen wir die persönliche und politische Mitverantwortung im Bemühen um Kriegsverhinderung, Abrüstung, Verzicht auf Waffen-Herstellung und Solidarität mit Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen müssen.